BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
UND UNABHÄNGIGEN
Stadtratsfraktion Bayreuth

Sabine Steininger
Fraktionsvorsitzende

Kirchgasse 20
95444 Bayreuth

privat
Brandenburger Straße 29A
95448 Bayreuth
Tel. 0921 98804

Bayreuth, 22. Februar 2017

SPERRFRIST

Mittwoch, 22. Feb. 2017, 15.30 Uhr

Haushaltsrede 2017

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr wurde der Haushaltsplanentwurf, den Sie uns präsentiert haben, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, kritisch hinterfragt. Dass dem so sein würde, hatte sich bereits in den Vorwegerklärungen abgezeichnet.

Nach wie vor fragwürdig finden wir die Methodik der Haushaltserstellung. Hier muss endlich gemeinsam ein Weg gefunden werden, der zu realistischen Anmeldungen aller Dienststellen führt und nicht etwa zur Schaffung stiller Reserven durch überhöhte Anmeldungen, die im Falle einer pauschalen Kürzung gehoben werden können. Nämlich dann, wenn vertragliche Verpflichtungen auf Grund des gekürzten Ansatzes nicht mehr geleistet werden können und über den sog. Deckungsring ausgeglichen werden müssen.

Aus gutem Grund wurde seitens der Regierung von Oberfranken ein Konsolidierungsprogramm gefordert. Das kümmert jedoch die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen nicht, wenn es um das eigene Klientel geht. Seit Jahren gilt im Gremium: Wer brüllt, der kriegt. Wir waren daher sehr erleichtert, dass die Mehrheit, wenn auch äußerst knapp, den Mut fand, den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 370 v. H. auf 390 v. H. zu erhöhen. Ist sie doch einer der Garanten für die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt. Umgekehrt profitieren auch die niedergelassenen und ansiedlungswilligen Unternehmen von einer guten und vielfältigen städtischen Infrastruktur.

Gleichzeitig bedauern wir es jedoch, dass der Kompromissvorschlag unseres Fraktionsmitglieds Tim Pargent zur Erhöhung der Grundsteuer B von z. Z. 400 v. H auf 410 v. H abgelehnt wurde. Regelrecht verärgert sind wir über die Initiative des Kulturpflegers Dr. Specht. Sein Antrag, die Pauschalkürzung für das Kunstmuseum zurückzunehmen, führte nicht nur zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses (Ergebnishaushalt) und des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit (Finanzhaushalt) um 119.408 €, sondern auch dazu, dass eine Dienststelle nun gleicher ist als die anderen. Ich kann daher nur hoffen, dass zweimal überlegt wird, ehe auch nur ein Euro dieses Geldes ausgegeben wird.

Und ich bleibe beim Thema Kultur. Es ist äußerst enttäuschend, dass hier wie in keinem anderen Bereich der geltende Beschluss des Ältestenausschusses, die Zuschüsse an Verbände und Vereine um 10 Prozent zu kürzen erneut weitestgehend ausgehebelt wurde. Das manifestiert den Status Quo und lässt keinen Spielraum für Neues. Unsere Fraktion hatte seinerzeit die Stellenausschreibung Kulturreferent, bzw. Kulturreferentin mit getragen. Doch was hilft die Neubesetzung, wenn Sie, Frau Oberbürgermeisterin, in diesem Bereich einen Haushalt nach dem Motto „The same procedure as every year“ einbringen.

Da wir von anderen nichts fordern, was wir nicht auch für uns selbst gelten lassen würden, hatten wir bei der Beratung der Teilhaushalte beantragt, die Grundpauschale für die Aufwandsentschädigung der Stadträtinnen und Stadträte um 10 Prozent zu kürzen, nämlich von 671 € auf 603,90 €. Dies hätte immerhin eine jährliche Ersparnis von 35.428,80 € gebracht. Die Sitzungsgelder und Zulagen für die Fraktionsvorsitzenden wären von unserem Vorschlag übrigens unberührt geblieben. Auch wenn Kollege Dr. Gruber diesen Antrag populistisch findet, wir halten in diesem Zusammenhang nichts von freiwilligen Spenden, die die meisten von uns ohnehin in Form von Mitgliedsbeiträgen oder singulären Zuwendungen tätigen, ohne es an die große Glocke zu hängen. Uns ging es auch nicht um subjektiv gewählte Zuwendungen an Einzelne nach Gutdünken, sondern um einen symbolischen Beitrag des Stadtrats zur Entlastung des Haushalts. Es ist weder Sinn der Sache noch wird es unserer Verantwortung als Stadträtinnen und Stadträte gerecht, dem Gemeinwesen Geld über eine großzügig bemessene Aufwandsentschädigung zu entziehen, um dieses Geld dann ohne jede demokratische Kontrolle nach Gutdünken an Organisationen zu verteilen. Äußerst unangemessen, ja geradezu peinlich finden wir in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass der Antrag, den gekürzten Ansatz für die Aufwendungen für Repräsentationen um 10 Prozent, d.h. um 21.000 € von 69.000 € auf 90.000 € aufzustocken, eine Mehrheit fand. Gastfreundschaft und Städtepartnerschaft ist mehr als die Qualität von Essen und Hotelunterbringung.

Dass erneut um die investiven Maßnahmen gerungen wurde zeigt, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich immer noch nicht dessen bewusst sind, dass die aktuellen Liquiditätsreserven bei

planmäßigem Haushaltsvollzug in den nächsten Jahren nahezu aufgebraucht sein werden, und dass die daraus resultierenden Folgekosten den Finanzhaushalt in nicht unerheblichem Maße belasten werden. Völlig unangemessen fanden wir in diesem Zusammenhang die teils sehr unsachlich geführte Diskussion im Hinblick auf die Maßnahme Graserschule sowie den Maßnahmenkomplex Soziale Stadt St. Georgen Spielplatz Schanz und Skateranlage.

Auf Grund der Diskussion um die sog. Pavillonschule - und zwar sowohl Sanierung der Pavillons sowie Standortsuche für einen Neubau - wurde die Sanierung der Graserschule am Standort Schulstraße in den vergangenen Jahren immer wieder zurückgestellt, bzw. nur in Teilen begonnen. Nachdem sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für die Sanierung am Standort Schulstraße entschieden hatte, sollte dieses Vorhaben unseres Erachtens nun endlich konsequent umgesetzt werden. Dass die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen nun entschieden hat, einen Großteil der Planungskosten in das Haushaltsjahr 2018 zu verschieben, und die Sanierung der Graserschule somit erneut um ein weiteres Jahr zu verzögern, bedauern wir sehr. Das Argument, von den Plänen, bzw. einer möglichen Errichtung einer Aula sei dem Gremium nichts bekannt gewesen, muss als äußerst fadenscheinig zurück gewiesen werden. Bereits in meiner Anfrage vom 20.11.2015, die in der Stadtratssitzung vom 25.11.2015 beantwortet worden war, war dieser Punkt enthalten und sogar finanziell beziffert worden. Ich bin schon sehr gespannt, wann auf Grund der mehrheitlichen Entscheidung, lediglich 300.000 € für das Haushaltsjahr 2017 einzustellen, der Vorschlag des Kollegen Hacker aufgegriffen werden wird, eine überplanmäßige Aufwendung für diese unseres Erachtens äußerst wichtige Maßnahme zu genehmigen, und woher wir das Geld dann nehmen wollen.

Klarstellen möchte ich auch noch einmal die Kostenverteilung im Hinblick auf Spielplatz und Skateranlage Schanz im Rahmen des Programms Soziale Stadt St. Georgen. Hier wurde großzügig nach oben aufgerundet und von Kosten in Höhe von einer Dreiviertelmillion Euro gesprochen. Weit gefehlt: Die Kosten für die Maßnahmen - Sanierung Spielplatz Schanz, möglicher Grunderwerb und Beplanung des erweiterten Areals Spielplatz Schanz und die Sanierung der Skateranlage belaufen sich im Ansatz 2017 auf 653.250 € und nicht etwa auf 750.000 €. Abzüglich Städtebauförderung in Höhe von 378.000 € verbleibt bei der Stadt ein Eigenanteil für diese Maßnahmen in Höhe von 275.250 €. Wir waren sehr erleichtert, dass es nach intensiver, teils plakativer, Diskussion bei den Ansätzen geblieben ist, und dass man sich im Gremium weitestgehend einig war, dass in der Insel über die Jahre hinweg in jeder Hinsicht - sei es baulich, sei es nachbarschaftlich - Großartiges entstanden ist, und dass man im Gremium auch gewillt ist, die Herausforderungen im Sanierungsgebiet Hammerstatt, die sicherlich noch viel Geduld, Verhandlungsgeschick und Engagement aller im Quartier Ansässigen und Beteiligten erfordern werden, angehen möchte und dies durch ein Belassen der Ansätze dokumentiert hat.

Dennoch komme ich im Hinblick auf die Art und Weise der Diskussion um die Ansätze für das Areal Schanz nicht umhin, als Beispiel für eine komplett andersartige Interpretation von Zahlen und die Bewertung von Fördermitteln das Thema Regionales Innovationszentrum anzuführen. Unsere Fraktion sieht hier auf viele Jahre erhebliche Folgekosten auf die Stadt Bayreuth zukommen. Nicht zuletzt, da wir in der Standortwahl keinesfalls frei sind, stehen doch kaum Flächen zur Verfügung, die hierfür in Frage kämen, und soll die Fläche, die wirklich eine Option für die Errichtung eines Gründerzentrums in städtischer Regie gewesen wäre, lieber dem Parken vorbehalten bleiben. So läuft schon jetzt alles darauf hinaus, dass die Stadt im geplanten Komplex eines Münchner Investors teuer Büroflächen anmieten werden muss. Anders als im Bereich Städtebauförderung sah die Mehrheit im Gremium hier angesichts möglicher Fördermittel eine Handreichung Münchens, die man keinesfalls ausschlagen dürfe. Wie gesagt: Alles eine Frage der Interpretation.

Und so wundert es uns wenig, dass eine Mehrheit im Gremium paradoxerweise in vorauseilendem Gehorsam bei diesem Projekt gleich Gelder für beide mögliche Umsetzungsvarianten eingestellt hat: Anstatt die tatsächliche Förderung aus München abzuwarten, stehen nun sowohl Planungsmittel für den Bau in Eigenregie sowie Mittel für ein externes Wettbewerbsverfahren im Haushalt.

Dieser Haushalt enthält eine ganze Reihe von Maßnahmen, die eine ökologische Stadtentwicklung, zu der u. a. ein ressourcenschonender Umgang mit Flächen und ein Umdenken bei der Gestaltung und Planung von Mobilität in der Kommune gehören, ad absurdum führen. Als Beispiele aus dem Bereich Verkehr sei in diesem Zusammenhang auf die Maßnahme Sanierung der Seulbitzer Straße in der „überarbeiteten“ Version, die mit dem ursprünglichen Entwurf der Stadtverwaltung, der eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer vorgesehen, für eine massive Entschleunigung und ein Mehr an Verkehrssicherheit gesorgt hätte, nach mehreren Runden im Bauausschuss nichts mehr zu tun hat, oder die Planungsmittel für die Neuordnung des ruhenden Verkehrs in der Peuntgasse, oder der Umstand, dass man sich in Bayreuth trotz der Auflage, ein Konsolidierungsprogramm, zu erstellen, einen Verkehrslandeplatz mit einem voraussichtlichen jährlichen Defizit in Höhe von ca. 366.000 € gönnt. Angesichts dessen kann die ins Auge gefasste Gebührenerhöhung allenfalls als lächerliche Maßnahme bezeichnet werden. Weitere Beispiele dafür, dass weder die Oberbürgermeisterin noch die Mehrheit des Gremiums gewillt ist, den Klimawandel und die damit einher gehenden Herausforderungen anzuerkennen und endlich ein Umdenken in Sachen Umwelt- und Naturschutz an den Tag zu legen, ist die Erschließung neuer Wohnbaugebiete am Stadtrand (z.B. Oberkonnersreuth), oder die innerstädtische Nachverdichtung auf klimatisch bedeutsamen Flächen (z.B. die Maßnahme Scheffelstraße/99 Gärten) sowie der Erwerb von Flächen zum Zwecke der Wohnbebauung. Auf Dauer wird es nicht möglich sein, immer mehr Infrastruktur (Straßen, Wege, Kanä-

le, etc.) mit immer weniger Bürgerinnen und Bürgern zu unterhalten. Hier wird nicht nur immer mehr Fläche versiegelt, sondern auch Lebensraum von Pflanzen und Tieren zerstört.

Von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin hatten wir uns übrigens nach der doch sehr emotionalen Haushaltseinbringung ehrlich gesagt ein ebenso beherztes Eintreten für Ihre Projekte im Rahmen der ganztägigen Haushaltsberatung erwartet. Schade, dass Sie diese Hoffnung nicht erfüllt haben.

Abschließend kann ich für unsere Fraktion nur ernüchtert feststellen, dass der Haushalt trotz der Auflage der Regierung von Oberfranken zur Erstellung eines Konsolidierungsprogramms, ein Weiterso nach alten Mustern darstellt. Ansätze hin zu einer ökologischen Stadtentwicklung, zu mehr Nachhaltigkeit - insbesondere im Hinblick auf Investitionsmaßnahmen und deren Folgekosten - sucht man ebenso vergebens wie den Mut der Mehrheit des Gremiums, im Sinne einer echten Haushaltskonsolidierung zum eigenen Klientel einmal Nein zu sagen und auf Prestigeobjekte zu verzichten. Nicht nur Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sondern die Mehrheit dieses Gremiums hat die Chance zum Umdenken und zu einer echten Konsolidierung nicht genutzt.

Diesem Haushalt, der weitaus mehr ist als ein Zahlenwerk des Finanzreferats, sondern eine Addition von Beschlüssen und Weichenstellungen für die Zukunft, die wir größtenteils nicht mitgetragen haben, wird unsere Fraktion daher nicht zustimmen.

Vielen Dank!

Sabine Steininger
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort.